

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Kita-Ausbau vorantreiben - Kita-Schwerpunktprogramm auflegen!

Derzeit sind rund 1500 Kinder in der Stadtgemeinde Bremen unversorgt, obwohl sie sich für einen Kita-Platz angemeldet haben. Zum 1.8.2023 rechnet die Senatorische Behörde für Kinder und Bildung SKB mit 3.500 fehlenden Plätzen in der Kindertagesbetreuung in der Stadt Bremen. Für Tausende Kinder in Bremen kann somit der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung nicht gewährleistet werden – eine Katastrophe für viele Kinder und Eltern.

Auch in Bezug auf den Bevölkerungsstand in der Alterskohorte der unter Sechsjährigen wird von einer großen Unterversorgung ausgegangen: Der Senat rechnet mit knapp 5000 fehlenden Plätzen allein für die Gruppe der drei bis sechsjährigen Kinder, um die Zielversorgungsquote zu erfüllen. Die Bertelsmann-Stiftung geht auf Grundlage einer Studie von 5.448 fehlenden Plätzen aus – die Studie hat, für Bremen zwar nicht repräsentativ, die Betreuungswünsche befragter Eltern zur Ermittlung des Platzbedarfes zugrunde gelegt. Um dem ermittelten Betreuungswunsch der Eltern bis 2023 nachzukommen, müsste die Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren bei 48% und die der Kinder über drei Jahren bei 98% liegen und 1500 zusätzliche Fachkräfte eingestellt werden, so der Bericht der Bertelsmann-Stiftung.

Bremerhaven hingegen weist keine offiziell fehlenden Kitaplätze auf, zeichnet sich jedoch insbesondere bei den unter Dreijährigen durch eine sehr geringe Betreuungsquote aus. Der Magistrat gibt die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe mit 25,7 Prozent an, und liegt im Großstädtevergleich damit deutlich abgeschlagen da. Für die über Dreijährigen gibt der Magistrat Bremerhaven eine Betreuungsquote von 93,4 Prozent an. Somit bestehen für die Stadtgemeinde Bremerhaven deutliche Ausbaubedarfe für beide Altersgruppen.

Abgesehen davon, dass Kinderbetreuungsplätze einen Rechtsanspruch darstellen, sind sie für Kinder Institutionen des sozialen Lernens, der Förderung und frühkindlichen Bildung. Betreuungsplätze sind die Grundlage für mehr Bildungsgerechtigkeit. Wenn Kinder in die Schule kommen, profitieren sie erwiesenermaßen von vorangegangener Kinderbetreuung. Das ist in Bremen – wie in der gesamten Bundesrepublik –, wo der schulische Erfolg stark abhängig von der sozialen Herkunft eines Kindes ist, von besonderer Bedeutung. Zur Bekämpfung von Armutsfolgen in Familien müssen gerade Kinder aus einkommensarmen Elternhäusern sowie aus Einelternfamilien einen Kitaplatz erhalten, weil ein Kitaplatz entscheidend dafür ist, ob und in welchem Umfang Eltern berufstätig sein können und ob der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft weiter abgekoppelt werden kann.

Die Kitaplatz-Versorgung in Bremen ist seit Jahren trotz eines erheblichen Ausbaus der Plätze und Millionen investierter Mittel noch immer nicht bedarfsdeckend. Dynamische Bevölkerungsentwicklung, Zuwanderung, über die Stadtteile ungleich

verteilter bezahlbarer Wohnraum, höhere Inanspruchnahme von Krippenbetreuung sind Herausforderungen für den Kita-Ausbau. Darüber hinaus bleiben immer mehr Kinder länger in der Kita, weil sie erst mit sieben Jahren eingeschult werden. In diesem Jahr liegt das durchschnittliche Alter, in dem Kinder eingeschult werden, bei sechs Jahren und neun Monaten.

Aktuell sind aber nicht die räumlichen Bedarfe die größte Herausforderung – die hauptsächliche Ausbaubremse in der Kitaplatzkrise ist gegenwärtig der massive Fachkräftemangel. Schon jetzt könnten fast 600 räumlich fertiggestellte Kitaplätze besetzt werden, wenn es für diese Gruppen Erzieher*innen gäbe.

Die Ursachen für den Fachkräftemangel sind vielschichtig: Lange Zeit wurden keine neuen Erzieher*innen eingestellt, es klafft eine Generationenlücke unter den Fachkräften und erfahrene Kolleg*innen gehen in den Ruhestand. Ausdruck für die hohe Belastung und die herausfordernden Arbeitsbedingungen ist, dass bundesweit mehr als 20 Prozent der Berufseinsteiger*innen binnen der ersten fünf Jahre den Beruf der Erzieher*in wieder verlassen.

Um den Erzieher*innenmangel zu bekämpfen, sind in Bremen die Ausbildungskapazitäten von 600 Ausbildungsplätzen im Jahr 2014 auf jetzt 1.032 Plätze angehoben worden, jedoch nur 800 davon konnten besetzt werden. Die Einführung der Integrierten Regelausbildung ermöglicht zwar endlich eine Finanzierung u.a. über das Aufstiegs-BAföG während der Ausbildungszeit. Rund 200 vorhandene Ausbildungsplätze in den öffentlichen Fachschulen bleiben dennoch unbesetzt, während für PiA, die praxisintegrierte Ausbildung mit voller Ausbildungsvergütung an einer privaten Fachschule, Absagen verschickt werden müssen, weil es nicht genügend Plätze gibt. Die Zusage, dass die Ausbildungsplätze in der Praxisintegrierten Ausbildung PiA auf 150 hochgestockt werden, ist ein wichtiger und richtiger Schritt, kann jedoch nur ein Anfang sein. Sowohl die Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz, als auch die Weiterbildung zur*m Erzieher*in und die Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen müssen noch attraktiver gestaltet werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den Fachkräftebedarf bis 2030 in Kindertagesstätten, Kindertagespflege, stationärer, ambulanter und offener Kinder- und Jugendhilfe, im schulischen Ganztag zu ermitteln und zu veröffentlichen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen eingesetzten Fachberufe, Renteneintritte, Entwicklung der Inanspruchnahme der entsprechenden Angebote, Inklusions- und Sprachförderbedarfe, Bevölkerungsentwicklung, eintretende Rechtsansprüche;
2. Maßnahmen für die Attraktivierung der Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften vorzulegen, darunter
 - a. eine Ausbildungsvergütung in der Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistent*in oder zur*zum Kinderpfleger*in zu ermöglichen;
 - b. die praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieher*in (PiA), die von Anfang an dual und attraktiv vergütet ist, schrittweise auszuweiten und bis zum Jahr 2028 zur Regelausbildung zu machen;

3. Umzugsprämien für pädagogische Fachkräfte anzubieten, die aus beruflichen Gründen nach Bremen ziehen;
4. die Kommunen Bremen und Bremerhaven aufzufordern, in Absprache mit den Trägern ein Konzept zu entwickeln für den Ausbau multiprofessioneller Teams und den Einsatz von Personen mit akademischen pädagogischen und therapeutischen Abschlüsse;
5. sich in Kooperation mit der Universität Bremen für die Schaffung einer dualen Studienmöglichkeit im Bachelorstudiengang Elementarpädagogik einzusetzen, analog zum Dualen Studiengang der Sozialen Arbeit;
6. pädagogische Abschlüsse, die in einem außereuropäischen Land erworben wurden, besser anzuerkennen und hierfür die entsprechenden Voraussetzungen eines schnellen und effektiven Prüf- und Anerkennungsverfahrens zu entwickeln und zu implementieren;
7. das bestehende Quereinstiegsprogramm für Personen mit ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen aus angrenzenden, z.B. therapeutischen, Qualifikationen zu öffnen;
8. weitere Entlastungsmaßnahmen zu ergreifen, z.B. durch die Ausweitung der Stunden für Anleitung und Begleitung unterschiedlichster Ausbildungsgruppen auszuweiten; Erhöhung der Leitungsstunden und die Absicherung von „mittelbarer Arbeitszeit“ (Vorbereitung, Nachbereitung, Elterngespräche etc.);
9. für die finanzielle Absicherung des notwendigen Kita-Ausbaus und Zurverfügungstellung von Verstärkungsmitteln für Fachkräftesicherung und Kita-Bau soll ein Kita-Schwerpunktprogramm in Höhe von 30 Millionen Euro eingerichtet werden, welches die Finanzierung von kurz-, mittel- und langfristigen Ausbau- sowie Notmaßnahmen sicherstellt. Anträge darauf könnten ressortübergreifend gestellt werden;
10. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung vier Monate nach Beschlussfassung dieses Antrags einen Bericht hierzu vorzulegen

Sofia Leonidakis, Ingo Tebje, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE